

SOLI  
KRIS

August 2019

# Policy Brief #3

Dr. Constanza Sanhueza Petrarca &amp; Sandra Horvath

## Das Vertrauen in Parteien in europäischen Demokratien

Im Vergleich zu anderen Vertrauensindikatoren ist das Vertrauen in die politischen Parteien in Europa am geringsten. Dieser Zustand hält seit 20 Jahren stabil an. Dabei ist die öffentliche Einstellung gegenüber politischen Parteien abhängig von den Kontexten, in denen diese Parteien stehen. Der Grad an Korruption, die Art des Wahlsystems, die Art und der Grad der Institutionalisierung von Parteien sowie das Parteiensystem haben unmittelbar Einfluss auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Parteien in Europa. Hier liegt Potential zur Verbesserung der Situation.

### Ergebnisse:

- *In Europa ist das Vertrauen in Parteien gering ausgeprägt.*
- *Korruption ist mit Misstrauen in Parteien verbunden.*
- *Inklusive Wahlinstitutionen und stärkere Wahlverwaltungsorgane stärken das Vertrauen in Parteien.*
- *Die Institutionalisierung der Parteien erhöht das Vertrauen in Parteien.*
- *Das Vertrauen in Parteien ist höher, wenn populistische bzw. extreme Parteien in der Opposition und nicht in der Regierung sind.*

## Vertrauen die Europäerinnen und Europäer den politischen Parteien?

Das Vertrauen in Parteien misst den Grad, in dem Bürgerinnen und Bürger politischen Parteien in ihrem Land ihr Vertrauen schenken. In allen europäischen Demokratien werden für Parteien die niedrigsten Werte unter allen in der Eurobarometer-Umfrage 2018 enthaltenen Institutionen und Organisationen verzeichnet, wenn es um Vertrauen geht. Im Durchschnitt vertrauen nur 22% der Befragten politischen Parteien, eine äußerst niedrige Quote, vor allem im Vergleich mit dem Vertrauen in andere politische Institutionen und Organisationen – wie etwa dem Parlament (39%), der nationalen Regierung (41%), dem nationalen Rechtssystem/der Justiz (52%) oder selbst der Europäischen Union (53%).

Vergleicht man die Jahre 1997 und 2018, so wird ersichtlich, dass das geringe Vertrauen in Parteien kein neues Phänomen ist, sondern sich in den vergangenen 20 Jahren durchgängig auf einem niedrigen Niveau befindet. Das Vertrauen in das nationale Justizsystem bleibt ebenfalls unverändert, erhält jedoch höhere Vertrauenswerte als Parteien. Gleichzeitig haben das Vertrauen in das Parlament (-10%) und die Regierung (-4%) abgenommen, und nur das Vertrauen in die EU (+4%) hat leicht zugenommen.

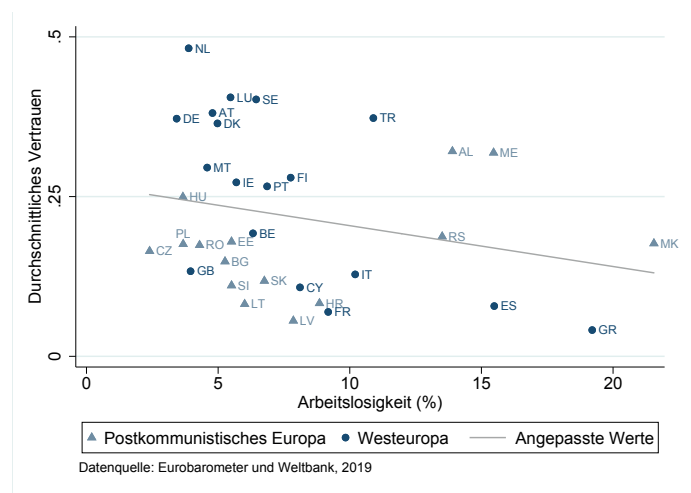
## Korruption und Vertrauen

Unlautere und intransparente Institutionen untergraben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, da sie als ungerecht wahrgenommen werden (Morris & Klesner, 2010). Abbildung 1 stellt das Verhältnis zwischen dem Vertrauen in Parteien nach Ländern für 2018 und dem V-Dem-Indikator der legislativen Korruption grafisch dar. Mit dem Indikator wird gemessen, ob Abgeordnete ihre Position zum eigenen finanziellen Vorteil missbrauchen. Die Ergebnisse zeigen, dass das Vorkommen von Korruption insgesamt mit einem niedrigen Niveau an Vertrauen in Parteien in Verbindung steht. Es sind jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass kontextuelle Faktoren wie beispielsweise politische Korruption beeinflussen, wie Bürgerinnen und Bürger politische Parteien bewerten. Im Allgemeinen sind Stabilität und niedrige Korruptionsraten mit einem größeren Vertrauen in Parteien verbunden.

Die Tatsache jedoch, dass wir in einigen der stabilsten Demokratien niedrige Vertrauensraten beobachten und gleichzeitig in manchen Ländern mit weniger stabilen politischen Systemen ein hohes Vertrauensniveau vorherrscht, legt nahe, dass andere Faktoren wie Wahlsysteme und Eigenschaften der Parteiensysteme auch eine Rolle spielen könnten.

Abb. 1: Das Verhältnis von legislativer Korruption und Vertrauen in Parteien, 2018



## Wahlsysteme und Vertrauen

Institutionelle Kontexte prägen politisches Vertrauen. Wenn Institutionen den Eindruck vermitteln, dass sie Angehörige von Minderheiten systematisch ausschließen und eine „Alles-oder-nichts“-Haltung vertreten, schaffen sie möglicherweise Misstrauen bei denen, die sich nicht repräsentiert fühlen. Im Gegensatz dazu fördern Institutionen, die nach dem Prinzip der Machtteilung agieren, die Inklusion von Minderheiten und die Reduzierung politischer Distanzen zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten (Freitag & Bühlmann, 2009). In repräsentativen Demokratien delegieren die Bürgerinnen und Bürger mittels Wahlen die Politikgestaltung an eine kleine Anzahl von Politikerinnen und Politikern. Wahlsysteme haben daher einen erheblichen Einfluss auf die Repräsentation, da sie bestimmen, wie Stimmen gezählt und Parlamentssitze zugewiesen werden.

Wir vergleichen das durchschnittliche Vertrauen in Parteien nach Wahlsystemen auf einer Skala von den am wenigsten proportionalen zu den stärker proportionalen Wahlsystemen: Mehrheits-, gemischtes und Verhältniswahlsystem. Wir stellen fest, dass mit der Zunahme der Proportionalität von Wahlsystemen auch das Vertrauen der Bevölkerung in politische Parteien zunimmt.

Zusätzlich bilden unabhängige Wahlbehörden die übergreifende Struktur, innerhalb derer der Wahlprozess stattfindet. Sie sind dafür zuständig, Wahlen effizient zu organisieren sowie Fairness, Offenheit und Transparenz zu fördern, womit sie als Schlüsselinstitutionen zur höheren Legitimität der Demokratie und zu einer Stärkung der Rechtsstaatlichkeit beitragen. In den post-kommunistischen Demokratien wurden unabhängige Wahlbehörden mit dem Ziel eingerichtet, politische Stabilität zu fördern und die Transparenz der Wahlen zu gewährleisten. In etablierten Demokratien scheint die weitergehende Stärkung der Wahlbehörden eine der Strategien zu sein, die Regierungen entwickelt haben, um mit der Unzufriedenheit

der Bürgerinnen und Bürger umzugehen (Carter & Farrell, 2010).

Unsere empirische Analyse stützt diese Annahmen. Wir stellen fest, dass das Vertrauen der Bevölkerung in politische Parteien zunimmt, wenn Wahlbehörden in nationalen Wahlen unabhängig von Regierungen und Parteien Wahlgesetze und Verwaltungsrichtlinien anwenden können.

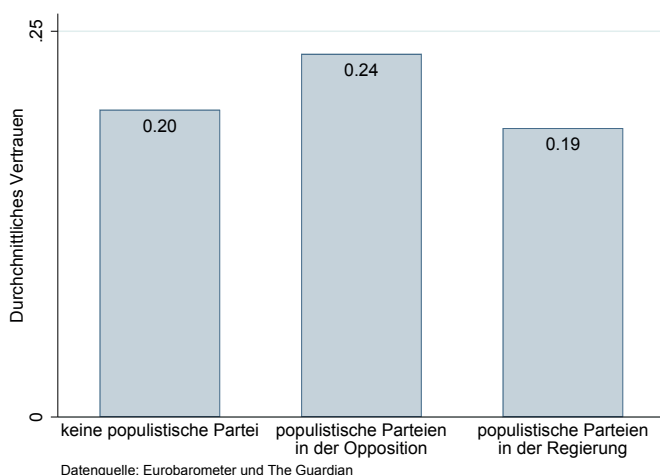
Insgesamt stellen wir fest, dass Institutionen wichtig sind. Inklusive politische Systeme und stärkere Wahlbehörden sind auch mit einer positiveren öffentlichen Bewertung politischer Parteien verbunden.

### Parteien und Parteiensysteme und Vertrauen

Weiterhin stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis verschiedene Dimensionen von Parteien und Eigenschaften der Parteiensysteme zu Vertrauensraten stehen.

Zum einen zeigen unsere empirischen Befunde, dass der Grad der Institutionalisierung von Parteien mit deren öffentlicher Wahrnehmung zusammenhängt. Die Institutionalisierung von Parteien bezieht sich zum einen auf die stabile Existenz von Parteien und zum anderen auf ihre Verankerung in der politischen Kultur (Huntington, 1968). Dabei ist es zentral, dass die Parteien einigermaßen symmetrisch im Parteiensystem verankert sind, da eine starke Ungleichheit Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit hat. Asymmetrie kann aus einem Amtsbonus oder einem autoritären Erbe entstehen und damit zu einer ungleichen Repräsentanz durch Parteien führen (Randall & Svasand, 2010).

Abb2: Vertrauen in Parteien und die Rolle populistischer Parteien, 2018



Wir stellen einen positiven Zusammenhang zwischen der Institutionalisierung von Parteien und dem Vertrauen, das Bürgerinnen und Bürger in politische Parteien haben, fest. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass Parteien positiver bewertet werden, wenn sie besser organisiert sind, stärkere Verbindungen zur Zivilgesellschaft haben sowie stimmigere Plattformen und Ideologien aufweisen.

Darüber hinaus haben europäische Demokratien in den letzten Jahren strukturelle Veränderungen mit einem Einbruch der traditionellen Regierungsparteien und dem Aufstieg von Nischenparteien erlebt (Mair et al., 2004). In diesem sich wandelnden Wahlkontext wird der Erfolg extremer und populistischer Parteien mit politischem Zynismus verbunden (Fieschi & Heywood, 2004). Abbildung 2 zeigt für alle Länder im Jahr 2018<sup>1</sup> das durchschnittliche Vertrauen in politische Parteien, wenn ein Wahlsystem keine populistischen Parteien aufweist, wenn populistische Parteien in der Opposition sind, und wenn populistische Parteien regieren. Die Ergebnisse legen nahe, dass Länder, in denen populistische Parteien in der Opposition sind, ein höheres Vertrauensniveau aufweisen (Durchschnitt 24%) als Länder, in denen populistische Parteien einen Teil der Regierung bilden oder in denen gar keine populistischen Parteien existieren (durchschnittlich 19% bzw. 20%).

### Fazit

Politische Parteien sind demokratische Schlüsselakteure in Europa. Europäische Demokratien sind Parteiendemokratien in denen Wählerinnen und Wähler den Parteien ihr Mandat geben, damit diese in ihrem Namen handeln. Mit diesem Policy Brief zeigen wir, dass in Europa das Vertrauen der Öffentlichkeit in Parteien im Vergleich zum Vertrauen in andere demokratische Institutionen gering ist. Wir stellen jedoch fest, dass diese geringen Werte keine neue Entwicklung sind, sondern das Vertrauen in den vergangenen 20 Jahren relativ unverändert niedrig geblieben ist.

Wie unsere Befunde nahelegen, gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die zur Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in politische Parteien beitragen könnten:

- Entwicklung und Förderung von Antikorruptionsmaßnahmen,
- Stärkung von Wahlinstitutionen,
- Entwicklung inklusiverer politischer Institutionen,
- Schaffung der Rahmenbedingungen und Ressourcen, um den Institutionalisierungsprozess für Parteien zu erleichtern.

<sup>1</sup> Daten zu populistischen Parteien fehlen für fünf Länder: Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei. Diese Länder sind in Abb. 2 nicht berücksichtigt.

## Länder

(Zeitraum 1997-2018, wenn nicht anders angegeben): Albanien (2014-2018), Österreich, Belgien, Bulgarien (2004-2018), Kroatien (2004-2018), Zypern (2004-2018), Tschechische Republik (2004-2018), Dänemark, Estland (2004-2018), Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn (2004-2018), Island (2010-2014), Irland, Italien, Lettland (2004-2018), Litauen (2004-2018), Luxemburg, Nordmazedonien (2007-2018), Malta (2004-2018), Montenegro (2011-2018), Niederlande, Polen (2004-2018), Portugal, Rumänien (2004-2018), Serbien (2012-2018), Slowakei (2004-2018), Slowenien (2004-2018), Spanien, Schweden, Türkei (2004-2018), Vereinigtes Königreich

## Vertrauen in Institutionen

**Daten:** Eurobarometer-Umfrage (1997-2018), 22 Wellen, 553.402 Befragte

**Frage:** Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Medien und Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Medien und Institutionen, ob sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit...?

- politischen Parteien;
- dem (nationalen) Parlament;
- der (nationalen) Regierung;
- der Justiz/dem nationalen Rechtssystem;
- der Europäischen Union

**Antworten:** „eher vertrauen“, „eher nicht vertrauen“, „Ich weiß es nicht“ (die letzte Kategorie wurde in der Analyse nicht berücksichtigt).

**Beschreibung:** Quote der Bürger\*innen in einem bestimmten Land, die den jeweiligen Institutionen vertrauen. Variablentyp: Intervall, 0 (keine Bürgerinnen und Bürger vertrauen) – 1 (alle Bürgerinnen und Bürger vertrauen).

**Demokratie-Indikatoren** (V-Dem-Datensatz, 2019): Legislative Corruption, Electoral Management Bodies, Party Institutionalization Index, Electoral Systems .

**Vorhandensein von Populismus** (The Guardian, 2019): Populistische Parteien.

## Literaturangaben

- Carter, E., and Farrell, D. M. (2010): Electoral systems and election management. Comparing democracies, 3, 25-44.
- Coppedge, M.; Gerring, J.; Knutsen, C. H.; Lindberg, S.; Teorell, J.; Altman, D.; Bernhard, M.; Fish, M.; Glynn A.; Hicken, A.; Lührmann, A.; Marquardt, K.; McMann, K.; Paxton, P.; Pemstein, D.; Seim, B.; Sigman, R.; Skaaning, S.-E.; Staton, J.; Cornell, A.; Gastaldi, L.; Gjerløw, H.; Mechkov, V.; von Römer, J.; Sundtröm, A.; Tzelgov, E.; Uberti, L.; Wang, Y.; Wig, T.; and Ziblatt, D. (2019a): V-Dem Codebook v9. Varieties of Democracy (V-Dem) Project.
- Coppedge, M.; Gerring, J.; Knutsen, C. H.; Lindberg, S.; Teorell, J.; Altman, D.; Bernhard, M.; Fish, M.; Glynn A.; Hicken, A.; Lührmann, A.; Marquardt, K.; McMann, K.; Paxton, P.; Pemstein, D.; Seim, B.; Sigman, R.; Skaaning, S.-E.; Staton, J.; Cornell, A.; Gastaldi, L.; Gjerløw, H.; Mechkov, V.; von Römer, J.; Sundtröm, A.; Tzelgov, E.; Uberti, L.; Wang, Y.; Wig, T.; and Ziblatt, D. (2019b): V-Dem Country-Year Dataset v9. Varieties of Democracy (V-Dem) Project.

Fieschi, C. and Heywood, P. (2004): Trust, cynicism and populist anti-politics. Journal of Political Ideologies, 9(3), 289-309.

Freitag, M. and Bühlmann, M. (2009): Crafting trust: The role of political institutions in a comparative perspective. Comparative Political Studies, 42(12), 1537-1566.

Hungtington, S. (1968): Modernization and corruption, political order in changing societies. Yale University Press, New Haven.

Mair, P.; Müller, W. C. and Plasser, F. (Hg., 2004): Political parties and electoral change: party responses to electoral markets. Sage.

Morris, S. D. and Klesner, J. L. (2010): Corruption and trust: Theoretical considerations and evidence from Mexico. Comparative Political Studies, 43(10), 1258-1285.

## Bisher in dieser Reihe erschienen:

Busch, Kathrin; Nezi, Roula und Schäfer, Paula (2019): Kulturelle und Sozioökonomische Ängste gegenüber Zugewanderten in Deutschland. Policy Brief 2, Solikris/Gesis, Köln.

Reinl, Ann-Kathrin und Huth, Nora (2018): Politisches Vertrauen in Deutschland und Europa in Zeiten europaweiter Krisen. Policy Brief 1, Solikris/Gesis, Köln.

## Das Forschungsprojekt Solikris

Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt **Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsozialisierung in Deutschland und Europa**, kurz Solikris, erforscht die Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse in Zeiten europaweiter Krisen. Ziel ist es, sowohl die Auswirkungen von Krisen auf Solidarität besser zu verstehen als auch den Fokus auf eben jene Aspekte zu legen, welche die größten Probleme oder Herausforderungen für etablierte Demokratien bedeuten. Solikris vereint mehr als ein Dutzend Sozialwissenschaftler/innen von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

**Projektlaufzeit: 01.12.2017 - 01.12.2020**

Gefördert durch:



## Impressum & Kontakt

### GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Unter Sachsenhausen 6-8  
50667 Köln  
info@gesis.org  
www.gesis.org/solikris